

EU-Mercosur-Abkommen: Ein Frontalangriff auf Klimaschutz, Biodiversität und Menschenrechte

Warum das Abkommen gestoppt werden muss und es dringend eine andere Handelspolitik braucht.

1. Einleitung

Seit zwanzig Jahren verhandelt die Europäische Union mit dem Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) über ein umfassendes Assoziationsabkommen. Auch wenn die Verhandlungen immer wieder ins Stocken geraten sind, nun verbreiten die Verhandler*innen Optimismus: Noch im Juni 2019 könne es zu einer Einigung kommen, heißt es. Ziel ist das Abkommen vor den Präsidentschaftswahlen in Argentinien im Oktober und dem Wechsel der EU-Kommission im November abzuschließen.

Dass dieses Abkommen die vielfachen Krisen unserer Zeit massiv verschärfen würde, wird dabei scheinbar ignoriert. Obwohl mittlerweile in der Öffentlichkeit angekommen ist, dass Klimakrise und Biodiversitätsverlust globale Probleme sind, die dringend Antworten erfordern.¹ Der Abschluss des Abkommens wäre ein großer Schritt in die falsche Richtung: Denn für Landwirtschaft, Arbeits- und Menschenrechte, Umwelt-, Klima- und Verbraucher*innenschutz wäre das Abkommen ein herber Rückschlag – und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks. Die bisher bekannt gewordenen Vertragsentwürfe übertreffen die Befürchtungen der Zivilgesellschaft und von Gewerkschaften und bäuerlichen Organisationen.

Gerade deshalb gibt es großen Widerstand: Im Juni 2019 forderten 340 Organisationen aus Europa und Lateinamerika², die Verhandlungen sofort auszusetzen. Auch die Initiator*innen der Plattform Anders Handeln haben diesen Offenen Brief unterzeichnet³. Im April 2019 forderten mehr als 600 europäische Wissenschaftler*innen und zwei brasilianische Indigenen-

¹ Die jahrzehntelangen Kämpfe von sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaften, die umfassenden wissenschaftlichen Studien im Rahmen des IPCC, IBPES und IAASTD haben daran ebenso ihren Anteil, wie jüngst die Bewegungen "Fridays For Future" und "Extinction Rebellion".

² <http://s2bnetwork.org/wp-content/uploads/2019/05/Letter-Brazil-EU-Mercosur-German.pdf>

³ <https://www.anders-handeln.at/wp-content/uploads/downloads/2019/06/Anders-Handeln-zu-EU-Mercosur-Verhandlungen.pdf>

Organisationen, die 300 brasilianische Indigenen-Gruppen⁴ vertreten, die EU auf, beim Schutz der Menschenrechte, der Menschenwürde und eines bewohnbaren Klimas weltweit eine führende Rolle zu übernehmen, indem sie Nachhaltigkeit zum Eckpfeiler ihrer Handelsverhandlungen mit Brasilien macht. Im März 2019 forderten EU-Parlamentarier*innen von den Grünen, den Linken und den Sozialdemokraten in einem Offenen Brief: "Solange wir keine Garantien haben, dass das Bolsonaro-Regime echte Bereitschaft zur Einhaltung der Ziele aus dem Pariser Klimaabkommen zeigt und solange nicht sichergestellt ist, dass die Rechte von Indigenen voll geschützt sind, werden wir einem EU-Mercosur-Handelsabkommen nicht zustimmen."⁵

2. Veraltetes Mandat und intransparente Verhandlungen

Trotz vielfacher Kritik setzt die Europäische Kommission die Gespräche mit dem Mercosur auf der Basis des Verhandlungsmandats fort, das ihr der Europäische Rat im Jahr 1999 erteilte.⁷ Das Mandat ist insofern über weite Strecken veraltet und reflektiert nicht viele einschneidende Veränderungen der EU. Hierzu gehören vor allem die EU-Erweiterung und die neue Rechtsgrundlage, die mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags im Dezember 2009 geschaffen wurde.⁶

Offenbar glauben die EU-Verhandler*innen noch immer, die breite Kritik an den ökologischen und sozialen Defiziten ihrer Handelspolitik einfach ignorieren zu können. Doch die Leidtragenden dieser Politik sind immer weniger bereit, ihre sozialen Rechte, die bäuerliche Landwirtschaft und eine gesunde Ernährung für ein neoliberales Handelsabkommen zu opfern.

Entgegen den Behauptungen der EU-Kommission⁷ wird das Abkommen im Geheimen und ohne Konsultation mit Zivilgesellschaft, Parlamenten und Bewegungen verhandelt. Die einzigen derzeit verfügbaren Dokumente stammen aus Leaks⁸, die jedoch nur Entwürfe, die keine Einblicke in die Zugeständnisse ermöglichen. Der Knackpunkt ist seit 1999 der Agrarbereich und es liegt auf der Hand, dass ein Verhandlungsfortschritt nur mit gravierenden Rückschritten bei Landwirtschaft und Ernährung erkaufte werden kann. Bereits der Status Quo zeigt die vielen Probleme und Krisen (s. Abschnitt 3). Ein Abschluss der Verhandlungen würde diese Krisen verschärfen.

⁴ https://science.sciencemag.org/content/364/6438/341.1?utm_source=POLITICO.EU&utm_campaign=1e62382b9b-EMAIL_CAMPAIGN_2019_04_25_06_07&utm_medium=email&utm_term=0_10959edeb5-1e62382b9b-189810753

⁵ Offener Brief vom 18. Jänner 2019 von MEPs der Fraktionen Greens/EFA, GUE und S&D an Handelskommissarin Malmström

⁶ Das EU-Mandat von 1999 enthält überdies eine Anforderung, die einen Stolperstein für den Abschluss der Mercosur-Gespräche darstellen kann. Dort heißt es, dass die Verhandlungen mit dem Mercosur den „Ergebnissen der WTO-Runde angemessen Rechnung tragen“ würden. Sie dürften daher erst „nach dem Ende der WTO-Runde abgeschlossen werden“. Dies hat u.a. Österreich im Jahr 2010 eingefordert. (Fritz 2017).

⁷ Die EU-Kommission behauptet, dass "since October 2015, the Commission systematically publishes the EU's initial proposals for legal text." (siehe: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/november/tradoc_157486.pdf). Aber dies ist bei EU-Mercosur nicht der Fall. Auf der relevanten Website unter <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1769> sind die jüngsten Dokumente aus 2017 zu finden (Stand Juni 2019).

⁸ <http://bilaterals.org/?-eu-ftas-&lang=en>

2.1. Entdemokratisierung und Rechtsruck als Schmiermittel?

Wie die eingangs zitierten Offenen Briefe verdeutlichen, sind die jüngsten Entwicklungen in Brasilien besonders problematisch. Dass die Verhandlungen seit Bolsonaros Amtsantritt wieder an Fahrt aufnehmen, wird breit kritisiert. Die aktuellen Verhandlungen finden in einem Kontext eines autoritären Rechtsrucks, einer rasanten Zunahme von Menschenrechtsverletzungen, von Umweltzerstörung und Gewalt in der brasilianischen Gesellschaft und im Kontext von unaufgeklärten Korruptionsskandalen statt. Über Jahrzehnte erkämpfte Rechte und Errungenschaften werden laufend beschnitten. International hat Bolsonaro den Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen angedroht. Selbst wenn dieser Austritt nicht erfolgen sollte, gehen seine Politiken klar zu Lasten des Klima-, Biodiversitäts-, Menschenrechts-⁹ und Waldschutzes. Deshalb fordern hunderte Organisationen weltweit den sofortigen Stopp der Verhandlungen. Denn: Die EU-Kommission und die europäischen Regierungen dürfen vor diesen Tatsachen nicht die Augen verschließen.¹⁰

3. Bereits jetzt katastrophale Bilanz

Bereits jetzt gehen Produktion und Export von und der Handel mit Zuckerrohr, Soja, Ethanol und Rindfleisch mit einer katastrophalen Abholzung des Amazonas, extremem Wasserverbrauch und -verschwendung, der Vergiftung von Mensch und Natur durch Pestizide, Landvertreibungen und neuen Formen der Sklaverei einher. Ähnliches gilt für den Abbau von Eisenerz, Kupfer und anderen Rohstoffen. Vor diesem Hintergrund würde die Abschaffung von Exportbeschränkungen wahrscheinlich nicht mehr Wohlstand und Entwicklung bringen, sondern mehr Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen.¹¹

Insbesondere Indigene und Kleinbäuer*innen sind die Leidtragenden. Das Abkommen würde bestehende Fehlentwicklungen verschärfen. Die geplante Ausweitung geistiger Eigentumsrechte für Agrarkonzerne würde ihren Zugang zu Saatgut, die zunehmenden Auslandsinvestitionen und Konzentration im Einzelhandel ihren Zugang zu lokalen Absatzmärkten gefährden. Problematisch sind auch die geplanten Erleichterungen für europäische Dienstleister und Investoren im Energiesektor. Statt neue Impulse für dezentrale erneuerbare Energien zu ermöglichen, würde das Abkommen bestehende Produktions- und Versorgungsmodelle weiter zementieren.

⁹ Zusätzlich haben sowohl Brasilien, als auch viele EU-Mitgliedsstaaten die ILO-Konvention 169 zu den Rechten indigener Völker unterzeichnet, an deren Einhaltung sie auch gebunden sind. - siehe etwa: <https://amerika21.de/dokument/227557/ilo-konvention-169>

¹⁰ Siehe die eingangs zitierten Offenen Briefe oben und das zivilgesellschaftliche Statement: 100 Days of Bolsonaro: Ending the EU's Role in the Assault on the Amazon: <https://www.fern.org/fileadmin/uploads/fern/Documents/Ending-the-EUs-role-in-the-assault-on-the-Amazon-briefing.pdf>

¹¹ Im Zusammenhang mit Landkonflikten werden aktuell in Brasilien weltweit die meisten Menschen getötet. Siehe Bericht von Global Witness unter <https://bit.ly/2vg0dTW> und die Dokumentation der brasilianischen Landpastoral (CPT): <http://bit.ly/2ABEITa> - Daten der CPT zeigen, dass seit 1985, dem Zeitpunkt der Demokratisierung Brasiliens, in Konflikten um Landrechte 1.833 Bäuer*innen und Aktivist*innen ermordet wurden. Der Anteil des Landes in den Händen von Großgrundbesitzer*innen hat sich währenddessen verdreifacht. Siehe dazu auch <https://www.abl-ev.de/uploads/media/baeuerlicheinsatz.pdf>

Der Weltagrарbericht (IAASTD)¹² hat klar und deutlich belegt, dass das industrielle Agrarmodell nicht in der Lage ist, die Welt zu ernähren und dass dieses Modell die aktuellen sozialen und ökologischen Krisen weiter vertiefen wird.

Die Beziehungen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten sind von der "imperialen Produktions- und Lebensweise"¹³ und von den Logiken der "Externalisierungsgesellschaft"¹⁴ geprägt: Eine Produktions- und Lebensweise, die strukturell auf Kosten von anderen Menschen, sowie Natur, Tieren und Senken geht. Die EU trägt auch über ihre Handelspolitik eine wesentliche Mitverantwortung am Status Quo, aber ebenso in Bezug auf die Frage, wie diese Beziehungen in Zukunft aussehen sollen.¹⁵

3.1. Nachschub für die Treiber der Krisen: Agrarindustrie als Gewinner

Die Studie von Rockström et al zu den „planetarischen Grenzen“¹⁶ zeigt, dass der Biodiversitätsverlust noch viel dramatischer fortgeschritten ist, als der Klimawandel. Auch die Stickstoff- und Phosphor-Kreisläufe sind ein häufig unterschätztes Problem. Dabei ist die industrielle Landwirtschaft einer der wichtigsten Treiber für diese Krisen. Der Landnutzungswandel, der wesentlich durch die Industrialisierung der Landwirtschaft geprägt ist, verschärft die Lage immer weiter. Allgemein betrachtet gibt es in der Landnutzung zumindest zwei globale Brennpunkte: einerseits die Ölsaatproduktion (Soja und Palmöl) und andererseits die pflanzliche Produktion für die Tierhaltung (35 % der weltweiten Pflanzenproduktion geht in die Tierhaltung!). Beide haben starke negative Auswirkungen auf die planetaren Grenzen und sind die wesentlichen Bereiche, um die es beim Abkommen EU-Mercosur geht. Ein Abschluss würde diese Treiber weiter festschreiben und vertiefen.

3.2. Mercosur: Rohstofflieferant der Agrar-, Nahrungs- und Futtermittelindustrie

Für das internationale Agrobusiness und die Nahrungsmittelindustrie stellt das Mercosur-Abkommen einen der wichtigsten Handelsverträge der EU dar. Denn der Löwenanteil der europäischen Agrar- und Nahrungsmittelimporte entfällt auf diesen südamerikanischen Verbund. Diese Einfuhr summiert sich alljährlich auf einen Wert von 20 Milliarden Euro.¹⁷ Sollte es zum Abschluss des Abkommens kommen, könnte der Anteil des Mercosur an den gesamten Lebensmittelimporten der EU bis 2025 von derzeit 17 auf 25 Prozent anschwellen, so die Berechnungen des EU-Forschungsdienstes.¹⁸

¹² <https://www.weltagrарbericht.de/themen-des-weltagrарberichts.html>

¹³ Ulrich Brand/Markus Wissen (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Kapitalismus. Oekom Verlag

¹⁴ Stephan Lessenich (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Hanser Verlag

¹⁵ Bereits jetzt kommen drei Viertel der Rindfleischimporte in die EU aus den Mercosur-Staaten. Daraus folgt eine besondere Verantwortung.

¹⁶ Rockström et al. (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet

¹⁷ European Commission: Agri-Food Trade Statistical Factsheet: European Union – Mercosur, 14.9.2017, S. 7:

https://ec.europa.eu/agriculture/sites/agriculture/files/trade-analysis/statistics/outside-eu/regions/agrifood-mercousur-4_en.pdf

¹⁸ Joint Research Centre: Cumulative economic impact of future trade agreements on EU agriculture, JRC Science for Policy Report, 2016, S. 27

In manchen Produktgruppen weist die EU eine extreme Abhängigkeit vom Mercosur auf – vorneweg Soja, das massenhaft in den Futtertrögen der europäischen Tierfabriken landet. 94 Prozent des Sojaschrots und 52 Prozent der Sojabohnen, die die EU auf dem Weltmarkt einkauft, stammen aus dem Mercosur.¹⁹ Die europäische Überschussproduktion von Fleisch und Milch - die selbst wiederum zulasten von Grünlandbetrieben (= grasbasierte / raufutterbasierte Tierhaltung), Tieren und der Umwelt weltweit geht - wäre ohne die riesige Einfuhr von Soja und anderen Futtermitteln überhaupt nicht möglich.²⁰ Der transatlantische Sojahandel stellt zudem einen der wichtigsten Absatzkanäle für gentechnisch veränderte Organismen (GVOs) dar. In Brasilien entfallen 96 Prozent der Sojaanbaufläche auf genmanipulierte Pflanzen, in Argentinien sogar 99 Prozent.²¹ Einen Großteil machen Sorten von Bayer/Monsanto aus.

Doch damit nicht genug. Der Mercosur entwickelt sich zugleich zu einem der größten Fleischexporteure der Welt, was sich auch auf dem europäischen Markt widerspiegelt. 73 Prozent der Rindfleischimporte und 56 Prozent der Hühnerfleischimporte in die EU stammen aus dem südamerikanischen Verbund.²² Die EU hat 2017 330.000 t Rindfleisch importiert. 74 % davon kamen aus den Mercosur-Staaten²³ (Brasilien alleine deckte 42 % ab²⁴). Das geplante Abkommen soll die gehandelten Fleischmengen nochmals massiv steigern.

Durch dieses Abkommen will die Agrarindustrie die Exporte aus agrarindustrieller Fleisch- und Sojaproduktion steigern. Das würde eine weitere Expansion der Agrarindustrie bedeuten und viele bestehende Probleme massiv verschärfen: Entwaldung, Verlust von Biodiversität, erhöhte Treibhausgasemissionen, Vertreibungen von Kleinbäuer*innen und Indigenen, Verschmutzungen durch Agrochemikalien, Zerstörung lokaler Ökonomien und erhöhte Risiken für Armut und Ernährungsunsicherheit. Derzeit produzieren Kleinbäuer*innen den Großteil der Nahrungsmittel in der Region. Durch das Abkommen wäre dies jedoch die bereits bestehenden Probleme der Landkonzentration, der Landkonflikte, die Kriminalisierung von und die Gewalt gegen Kleinbäuer*innen und Indigene erhöhen.

¹⁹ European Commission, Directorate-General for Agriculture and Rural Development, EU-28 – Import from Mercosur, Statistical Regime: 4, 1 March 2017: https://ec.europa.eu/agriculture/sites/agriculture/files/statistics/trade/2016/eu28-gsp/trade_qty_imp_mesu.pdf

²⁰ Dieses Produktionsmodell schadet Kleinbäuer*innen weltweit: in den Mercosurstaaten, weil sie durch die Soja- und Fleischproduktion verdrängt werden; in Europa, weil durch die kraffutterbasierte Überschussproduktion die Preise unterhalb der Produktionskosten liegen und in den Exportländern, weil dort lokale Produzent*innen keine Chance gegen die Billigimporte haben. Dabei gäbe es eine einfache Alternative: Grünlandbasierte Landwirtschaft, weniger Milch und Fleisch, dafür in besserer Qualität und zu gerechten Preisen. S. Milchmanifest: <http://www.viacampesina.at/wp-content/uploads/downloads/2017/02/milch-manifest.pdf>

²¹ <http://news.agropages.com/News/NewsDetail---21832.htm>; <http://www.leparisien.fr/environnement/alimentation/glyphosate-juan-carlos-agriculteur-argentin-et-pionnier-du-soja-ogm-23-09-2017-7280235.php>

²² European Commission, Directorate-General for Agriculture and Rural Development, EU-28 – Import from Mercosur, Statistical Regime: 4, 1 March 2017: https://ec.europa.eu/agriculture/sites/agriculture/files/statistics/trade/2016/eu28-gsp/trade_qty_imp_mesu.pdf

²³ Beef and Veal Market Situation, March 2018: https://ec.europa.eu/agriculture/sites/agriculture/files/market-observatory/meat/beef/doc/market-situation_en.pdf

²⁴ <http://beefandlamb.ahdb.org.uk/market-intelligence-news/italian-beef-imports-increase/>

3.3. Klimakiller-Fleisch als Exportschlager

Außen vor beim Feilschen um die Quoten bleiben die sozialen und ökologischen Folgen der geplanten Steigerung des Agrarhandels. So erhöhten sich bereits in den vergangenen 14 Jahren die brasilianischen Rindfleischexporte um über 700 Prozent. Das Land ist weltweit der zweitgrößte Produzent und größte Exporteur von Rindfleisch.²⁵ Zudem ist die Fleischwirtschaft v.a. in Brasilien von Ausbeutung auf allen Ebenen gekennzeichnet: von der Natur, den Tieren und den Menschen. Eine Studie von IATP²⁶ zeichnet die Entwicklung der brasilianischen Fleischwirtschaft nach und zeigt die Dimensionen der Ausbeutung auf. Das Wachstum der Rinderherden aber führt zu Landkonflikten und einer massiven Abholzung.

Die größten Wachstumsraten der Rinderherden gibt es in Amazonien. Von 2000 bis 2012 wuchsen sie hier um 71 Prozent, im Rest des Landes um 24 Prozent. Diese Tendenz zog eine nahezu unregulierte Ausbreitung von Schlachthöfen nach sich, ein großer Teil illegal.²⁷ Der jüngste brasilianische Gammelfleischskandal enthüllte dabei das mafiöse System der Schlachtindustrie (siehe Box 1).

Box 1: Der Gammelfleischskandal und das EU-Audit

Im März 2017 führte die brasilianische Polizei in Dutzenden von Schlachthäusern Razzien durch und deckte dabei einen der größten Bestechungsskandale des Landes auf. Mehrere Konzerne, darunter der weltgrößte Fleischverarbeiter JBS, mischten systematisch Gammelfleisch unter ihre Ware. Um dennoch an die staatlichen Hygiene-Zertifikate zu kommen, bestachen sie zahlreiche Inspektoren des Agrarministeriums.²⁸ Mehrere Länder verhängten Importbeschränkungen für brasilianisches Fleisch, auch die EU. Anders als die USA aber setzte die EU lediglich Importe aus den in den Skandal verwickelten Schlachthäusern aus. Ferner ließ die Kommission ein Audit des brasilianischen Kontrollsystems durchführen. Das aber enthüllte erschreckende Defizite. So ermittelte die Polizei nur gegen 21 Schlachthöfe, nicht aber gegen die Mutterkonzerne. Die brasilianischen Behörden wiederum erteilten Exporterlaubnisse, ohne den Wahrheitsgehalt der Unternehmensangaben verifizieren zu können. Auch wurden keinerlei Maßnahmen ergriffen, um die Wiederholung dieser betrügerischen Praktiken zu verhindern.²⁹

Zum Vergleich: Die FAO-Statistik quantifiziert die Emissionsintensität von Rindfleisch in Brasilien auf 36 kg CO₂-Äquivalente/kg, das ist fast dreimal so viel wie in Deutschland.³⁰ Dabei gehen sowohl die industrielle Fleischproduktion mit Ackerfuttermitteln in Brasilien und in

²⁵ <http://www.cnabrazil.org.br/noticias/brasil-pode-se-tornar-o-maiorprodutor-de-carne-bovina-do-mundo>

²⁶ Das Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP) hat die Fleischwirtschaft in Brasilien analysiert: Russau/Sharma (2017): Die Fleischwirtschaft Brasiliens. Ausbeutung frisch auf den Tisch. IATP

²⁷ Gabriel Cardoso Carrero et al. 2015: A Cadeia Produtiva da Carne Bovina no Amazonas, IDESAM, Manaus 2015, S. 9

²⁸ <http://www.reuters.com/article/us-brazil-corruption-food-idUSKBN16R1MH>

²⁹ <https://www.usda.gov/media/press-releases/2017/06/22/perdue-usdahalting-import-fresh-brazilian-beef>; European Commission, Directorate-General for Health and Food Safety: Final Report of an Audit Carried Out in Brazil from 02 May 2017 to 12 May 2017, DG(SANTE) 2017-6261, S. 1-2

³⁰ Martin Banse/Viktoriya Sturm (2019): Preissetzung auf agrarrelevante THG-Emissionen auf der Produktions- vs. Konsumseite: Was bringt mehr? In: Herausforderung Klimawandel: Auswirkungen auf die Landwirtschaft und Anpassungsstrategien. Edmund Rehwinkel-Stiftung, Schriftenreihe Band 35, Seite 14

Deutschland auf Kosten der grünlandbasierten Weidehaltung. Eine Fleisch- und Milchproduktion, die auf Grünland basiert, wäre eine wichtige Alternative zum aktuell vorherrschenden Raubbau an Tieren und Umwelt und würde zugleich die Überschussproduktion und das Höfesterben weltweit verringern.

Box 2: Fleisch- und Ölindustrie auf Augenhöhe

GRAIN und das Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP)³¹ haben errechnet, dass die fünf weltweit größten Fleisch- und Milchkonzerne mittlerweile mehr Treibhausgas-Emissionen verursachen als die Ölkonzerne ExxonMobil, Shell oder BP. Der größte Beitrag kommt dabei vom brasilianischen Fleischkonzern JBS.

3.4. Fleisch, Soja und Zuckerrohr: Entwaldung und Biodiversitätsverlust

Rindfleisch³² ist im globalen Maßstab der wichtigste Treiber von Entwaldung. Hohe Entwaldung findet sich vor allem in Brasilien, aber auch in Argentinien und Paraguay, wo die Tierindustrie die wichtigste Ursache ist. Mehr als 80 % des abgeholzten Landes wird als Weide für die Tierindustrie genutzt. Das Amazonasgebiet in Brasilien (6.325 km² pro Jahr, wobei seit dem Amtsantritt von Bolsonaro neue Rekordwerte verzeichnet werden) und Gran Chaco in Paraguay (Südamerikas zweitgrößtes Waldgebiet, zwischen 2000 und 2015 wurden 90.000 km² entwaldet) haben die weltweit höchsten Entwaldungsraten. Im Cerrado in Brasilien, einer Zone mit besonders hoher Biodiversität gingen zwischen 2002 und 2010 fast 100.000 km² verloren. Zwischen August 2017 und Juli 2018 wurden 7.900 km² Amazonaswald abgeholz. Das ist eine Steigerung um 13,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum und das größte entwaldete Gebiet seit 2008.³³ Doch damit nicht genug: Im Jänner 2019 soll die Abholzung des Amazonasgebiets gegenüber dem Vorjahreszeitraum nochmals um 54 % gestiegen sein.³⁴

Eine großangelegte Studie führt 71 % der Entwaldung in Südamerika auf die Tierhaltung zurück. Ein häufiges Muster ist: Entwaldung für Weidehaltung und darauf folgende Nutzung zur Produktion von Soja oder Zuckerrohr, weil dies profitabler ist. Dies führt wiederum zu weiterer Entwaldung an neuen Standorten. Landspekulation und extrem verschwenderische Formen der Landnutzung verschärfen die Lage zusätzlich. Eine Studie für Forest Trends³⁵ ergab 2014, dass ca. 65 % der brasilianischen Rindfleischexporte und 20 % der Exporte aus Paraguay mit illegalen Abholzungen in Verbindung stehen.

Im Dezember 2018 hat die EU-Kommission³⁶ eine Initiative gegen Entwaldung und Waldschädigung vorgelegt: Damit soll "ein integriertes EU-Konzept zur Bekämpfung der Entwaldung, zum Schutz der Wälder und zur Förderung nachhaltiger Lieferketten vorgelegt werden." Dass sich hier Fragen aufwerfen, liegt auf der Hand. Der Zusammenhang mit der Handelspolitik ist wohl nur in Indonesien (Palmöl) ähnlich deutlich wie in Brasilien.

³¹ https://www.iatp.org/sites/default/files/2018-09/Emissions%20impossible%20DE_f.pdf

³² <https://www.fern.org/news-resources/eu-consumption-of-beef-and-deforestation-91/> und www.fern.org/BeefFacts

³³ Offener Brief vom 18. Jänner 2019 von MEPs der Fraktionen Greens/EFA, GUE und S&D an Handelskommissarin Malmström

³⁴ <http://s2bnetwork.org/wp-content/uploads/2019/05/Letter-Brazil-EU-Mercosur-German.pdf>

³⁵ Sam Lawson, Consumer Goods and Deforestation, Forest Trends, 2014: https://www.forest-trends.org/wp-content/uploads/imported/for168-consumer-goods-and-deforestation-letter-14-0902-hr-no-crops_for-web-pdf.pdf

³⁶ https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-6516782_de

Ein Briefing Paper von FERN fordert deshalb: a) einen offenen, inklusiven und transparenten Prozess mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen und direkt Betroffenen. Ihre Beiträge müssen die Grundlage für das weitere Vorgehen bilden. b) Bestehende Monitoring-Mechanismen müssen gestärkt und mit adäquaten Ressourcen ausgestattet werden. Auf dieser Basis müssen die Nachhaltigkeitskapitel in Handelsabkommen geschärft und mit bindender Wirkung gestärkt werden. c) Handelsabkommen müssen bindende und durchsetzbare Vorgaben enthalten, um Entwaldung zu kontrollieren, das Pariser Klimaabkommen umzusetzen, Landrechte respektieren und Unternehmen dazu verpflichten, internationale Vereinbarungen auch einzuhalten. d) Es muss auch Grenzen von Handelsabkommen geben. So dürfen Lieferketten etwa nicht mit Menschenrechtsverletzungen verknüpft sein und sie dürfen nicht zu Entwaldung führen. e) Ein Fortschritt wäre dabei die Regulierung anhand von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten.³⁷

3.5. Arbeitsbedingungen und Ausbeutung

Seit langem werden die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen im brasilianischen Fleischsektor³⁸ kritisiert. So wurden etwa zwischen 2003 und 2010 10.300 Arbeiter*innen in Zulieferbetrieben für die großen Fleischverarbeiter aus moderner Sklaverei befreit. Einer Studie zufolge war der Tierhaltungssektor in dieser Zeit für 60 % aller dokumentierten Fälle von moderner Sklaverei in Brasilien verantwortlich. Die Dokumentation "To the Bones"³⁹ hat die Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen und in der Fleischindustrie dokumentiert und für internationales Aufsehen gesorgt.

Darüber hinaus ist der Fleischsektor ein zentraler Treiber von sozialen Konflikten. Konflikte zwischen Viehzüchtern und indigenen Gemeinschaften entzündeten sich oft an den Grenzen zu indigenen Territorien, obwohl diese (theoretisch) gesetzlich geschützt sind.

3.6. Großprojekte: Beispiel Staudämme

Großprojekte wie Staudämme sind weitere zentrale Treiber der Umweltzerstörung und der Vertreibung von Indigenen und Kleinbäuer*innen.⁴⁰ Davon profitieren auch viele transnationale Konzerne. Dies zeigt etwa das Beispiel des Belo-Monte-Staudamms⁴¹: Nach Beschwerden von Menschenrechts- und Umweltorganisationen eröffnete die Interamerikanische Menschenrechtskommission im Januar 2016 offiziell ein Verfahren gegen Brasilien wegen Menschenrechtsverletzungen beim Bau des Belo Monte-Staudamms am Fluss Xingu. Zu den Vorwürfen gehören mangelnde Konsultationen und Umweltverträglichkeitsprüfungen, das Fehlen einer vorherigen informierten Zustimmung der indigenen Gemeinschaften, Zwangsvertreibungen sowie Gefährdungen des Lebens und der Gesundheit der Betroffenen.

³⁷ FERN (2016): "Developing EU measures to address forest-risk commodities: What can be learned from EU regulation of other sectors?", und FERN (2018): "Hardening international soft law frameworks into EU measures to address forest-risk commodities"

³⁸ Russau/Sharma (2017): Die Fleischwirtschaft Brasiliens. Ausbeutung frisch auf den Tisch. IATP

³⁹ Kurzfassung: https://www.youtube.com/watch?v=X_7rougVf4q&app=desktop

⁴⁰ https://fianat-live-7318544636224c40bb0b0af5b09-745b6a8.divio-media.net/filer_public/eb/87/eb8763b7-13b7-4ad1-9dc4-3c279f67bca4/konzerne_staudamme_menschenrechte_fian-2015-konzernestaudaemmemenschenrechte.pdf

⁴¹ Dieser Abschnitt basiert auf: https://www.misereor.de/fileadmin/user_upload/Studie_MERCOSUR_Misereor.pdf - Seite 33f

Den Konzernen⁴² stehen Bewegungen zur Verteidigung der Menschenrechte gegenüber: Die brasilianische Bewegung der Staudambetroffenen MAB (Movimento dos Atingidos por Barragens) setzt sich seit Jahren mit den Menschenrechtsverletzungen beim Bau von Staudämmen auseinander. Sowohl beim Bau von Belo Monte als auch beim Dambruch von Samarco unterstützt die MAB die Anwohner*innen der Staudämme. Sie klärt die Betroffenen über ihre Rechte auf, stellt die politisch Verantwortlichen zur Rechenschaft und klagt die Sorgfaltspflichten der an den Dammprojekten beteiligten Konzerne ein. Es sind soziale Bewegungen wie die MAB, die auch in Handelsverträgen wie dem EU-Mercosur-Abkommen auf robuste menschenrechtliche Instrumente angewiesen sind. Sie benötigen vor allem einen leicht zugänglichen und effektiven Beschwerdemechanismus, der eine Sanktionierung der für Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen Regierungen und Unternehmen ermöglichen würde.

3.7. Pestizide in Brasilien: Giftcocktails im Wasser jeder vierten Gemeinde

In den vergangenen Jahren wurden darüber hinaus hunderte Neuzulassungen von hochtoxischen Pestiziden erteilt. Allein bis April 2019 wurden vom Agrarministerium 86 neue Pestizide freigegeben.⁴³ Dabei ist die Zahl der Genehmigungen in den letzten Jahren bereits rasant gewachsen: 139 im Jahr 2015 unter der Regierung Dilma und 450 im Jahr 2018 unter Temer.⁴⁴ Treibende Kraft war dabei der brasilianische Agrarminister Blairo Maggi, der zugleich der größte Sojaproduzent weltweit ist. Über diese Zulassungen von Pestiziden werden laufend die umwelt-, gesundheits- und arbeitsrechtlichen Standards für Pestizide verwässert. Das Beispiel Kaffee zeigt: 2018 waren bereits von den 121 in Brasilien im Kaffeeanbau zugelassenen Pestiziden 30 in der EU verboten. Bei Orangen und Zitronen sind es 33 von 116, bei Soja 35 von 150, bei Mais 32 von 120.⁴⁵ Darunter das Pestizid, dessen Giftigkeit und Schädlichkeit weltweit am besten belegt ist: Paraquat von Syngenta. Auch der Einsatz des dioxinhaltigen Herbizids 2,4 D oder von Glyphosat würde damit drastisch erhöht.⁴⁶ Damit steigt das Risiko von Verunreinigungen, Rückständen und Nebenfolgen massiv. Das zeigt etwa eine im April 2019 veröffentlichte Studie⁴⁷ besonders deutlich: Zwischen 2014 und

⁴² An dem Staudammprojekt beteiligten sich u.a. der österreichische Konzern Andritz AG und die deutschen Unternehmen Daimler und Voith Hydro (ein Joint Venture von Voith und Siemens). Während Daimler LKWs lieferte, rüstete Voith Hydro den Belo Monte-Damm mit Turbinen aus. Projektversicherungen gewährten ebenfalls deutsche Unternehmen. Hier engagierten sich der Münchner Rückversicherungskonzern Munich RE sowie die Allianz.

⁴³ <https://congressoemfoco.uol.com.br/especial/noticias/ministerio-da-agricultura-libera-31-novos-agrotoxicos-lista-foi-publicada-no-diario-oficial-da-uniao/>

⁴⁴ Diese Zulassungen kommen über die Schwächung von Gesetzen zustande, die die Forschung, Produktion, Verpackung und Kennzeichnung, Transport, Lagerung, Vermarktung, Werbung, Anwendung, Import, Export, Endlagerung von Abfällen, Registrierung, Klassifizierung und Kontrolle im Zusammenhang mit Pestiziden regulieren. Siehe z.B.: <https://bit.ly/2N4oepY> und <https://bit.ly/2yK0iqt>

⁴⁵ Die Geografin Larissa Bombardi hat einen Atlas erstellt, in dem u.a. die Zulassungen in Brasilien und der EU verglichen werden: Bombardi, Larissa (2017): Geografia do Uso de Agrotóxicos no Brasil e Conexões com a União Europeia. Siehe: <https://www.larissabombardi.blog.br/atlas2017>

⁴⁶ <https://pestizide.publiceye.ch/> und <https://pan-germany.org/download/pan-international-list-of-highly-hazardous-pesticides/> und Zaller, Johann (2019): Unser täglich Gift. Pestizide. Die unterschätzte Gefahr. Deuticke Verlag

⁴⁷ <https://portrasdoalimento.info/2019/04/15/coquetel-com-27-agrotoxicos-foi-achado-na-agua-de-1-em-cada-4-municipios/#>

Die Autorinnen der Studie sind Ana Aranha und Luana Rocha, veröffentlicht im April 2019 von Por Trás do Alimento, einer Kooperation zwischen Agência Pública und Repórter Brasil. Die Daten stammen vom Gesundheitsministerium und wurden in einer gemeinsamen Untersuchung von Repórter Brasil, Agência Pública und der Schweizer Organisation Public Eye erhoben und verarbeitet.

2017 wurden in 1.396 Gemeinden "Cocktails" mit 27 Pestiziden über den gesetzlich zulässigen Werten festgestellt - insgesamt in jeder vierten untersuchten Gemeinde. Von diesen werden 16 als extrem oder hochtoxisch eingestuft und 11 sind mit der Entwicklung chronischer Krankheiten wie Krebs, fetale Missbildungen, hormonelle und reproduktive Störungen verbunden. Zu den mehrfach kontaminierten Standorten gehören die Hauptstädte São Paulo, Rio de Janeiro, Fortaleza, Manaus, Curitiba, Porto Alegre, Campo Grande, Cuiabá, Florianópolis und Palmas. Die Zahlen zeigen, dass die Wasserverschmutzung mit hohen und konstanten Geschwindigkeiten zunimmt. Im Jahr 2014 entdeckten 75% der Tests Pestizide. Sie stieg auf 84% im Jahr 2015 und 88% im Jahr 2016 und erreichte 2017 92%. Seit Jahrzehnten kämpfen soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft gegen diese Umweltzerstörung und Vergiftung von Mensch und Natur. Was nun, wenn über das Abkommen die Kontroll- und Zulassungsmechanismen zusätzlich geschwächt werden?

4. Das EU-Mercosur-Abkommen auf dem Prüfstand⁴⁸: Was wird verhandelt⁴⁹?

4.1. Streit um Zölle und Quoten - Ausbeutung frisch auf den Tisch

Zu den größten Streitpunkten der Verhandlungen gehören die Zollquoten. Obgleich Sie enorme Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben, bestimmt die EU ihre Quoten-Angebote unter nahezu vollständiger Geheimhaltung. Nur über die Presse sickern gelegentlich Informationen durch. Schon jetzt kommen aus dem Mercosur 250.000 Tonnen hochwertiges Rindfleisch auf Europas Binnenmarkt. Ende 2017 bot die EU dem Mercosur demnach Quoten für Rindfleisch über 70.000 Tonnen, für Hühnerfleisch über 78.000 Tonnen, für Zucker über 100.000 Tonnen sowie Ethanol über 600.000 Hektoliter an.⁵⁰ Im Februar 2018 machten Gerüchte die Runde, die EU würde die Rindfleischquote sogar auf 99.000 Tonnen erhöhen.⁵¹ Während die Mercosur-Seite die Angebote umgehend als unzureichend bezeichnete, protestierten europäische Agrarverbände. Auch manche Regierungen äußerten sich kritisch über die Angebote, etwa jene Irlands und Frankreichs. Was bedeutet eine Steigerung der Importe von Rindfleisch (oder auch Hühner- und Schweinefleisch)? Die Fleischindustrie im Mercosur setzt auf Masse: Großbetriebe bewirtschaften bis zu 40.000 Rinder oder 100.000 Stück Geflügel. Die Landwirtschaft und Viehzucht in Europa und v.a. in Österreich ist hingegen kleinstrukturiert – sie setzt auf Qualität, kann mit den Billigpreisen der Mercosur-Importe nicht mithalten. Für heimische Produzent*innen führt die zu immer größerem Preisdruck. Zugleich werden die intensive Landwirtschaft und der Einsatz von billigem Krafffutter weiter begünstigt.

⁴⁸ Für eine umfassende Darstellung dieser Frage siehe:

https://www.misereor.de/fileadmin/user_upload/Studie_MERCOSUR_Misereor.pdf

⁴⁹ Dieser Abschnitt ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung des Briefing-Papers: "Das EU-Assoziationsabkommen mit dem Mercosur: Frontalangriff auf bäuerliche Landwirtschaft, Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz", https://power-shift.de/wp-content/uploads/2018/06/factsheet_mercosur_web.pdf

⁵⁰ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=WQ&reference=P-2017-006181&language=EN>;
http://www.sugaronline.com/home/website_contents/view/1254240

⁵¹ <http://www.agriland.ie/farming-news/has-the-eu-increased-its-mercotur-beef-quota-offer-to-99000t/>

4.2. Wettlauf nach unten bei Preisen und Standards

Ein Abkommen wird die Machtkonzentration und Ausweitung der Produktion weiter antreiben. Dies läuft völlig entgegen der aktuellen Diskussionen um Tierwohl, Fleischqualität, Biodiversitäts- und Klimaschutz und Menschenrechte. Durch das Abkommen würde sich die Preiskonkurrenz weiter massiv verschärfen. Alle Bemühungen, um in diesen Bereichen die Lage zu verbessern, würden mit diesem Abkommen durch eine verschärfte Konkurrenz ökonomisch direkt und indirekt bestraft werden, während zugleich selbst jene Akteure, die ein in Europa und Lateinamerika ein agrarindustrielles "Weiter-wie-bisher" verfolgen, durch die zusätzliche Konkurrenz unter Druck kämen. Sie wären gezwungen, ihr Modell weiter zu intensivieren.

Obwohl die Mehrheit der Verbraucher*innen selbst mehr agrarökologische Produkte konsumieren wollen, laufen die europäischen Handelsabkommen diesem Ziel zuwider. Die EU hat die Verhandlungen um das Abkommen mit dem Mercosur wieder aufgenommen und drängt auf dessen Abschluss. Damals wie heute ist der Zugang zum europäischen Fleischmarkt eines der Kernthemen. Im Fleischsektor könnten dies Lockerungen bei Antibiotika-Regelungen oder bei Auflagen bedeuten, die sich gegen die Rodung von Wäldern richten. Auch steht zu befürchten, dass arbeitsrechtliche Bestimmungen zunehmend unter die Räder des Handels gelangen könnten. Den Befürchtungen von Rinderzüchtern in der EU entgegnete Handelskommissarin Cecilia Malmström, dass sich ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen schwierig gestaltet, ohne den Mercosur-Staaten einen verbesserten Zugang zum europäischen Rindfleischmarkt zu gewähren. Aber so ein Handelsdeal würde eine Umstrukturierung des europäischen Marktes zugunsten einer wachsenden Konzentration auch der hiesigen Fleischindustrie nach sich ziehen, der die Stimmen von Kleinbäuer*innen und Arbeiternehmer*innen in diesem Sektor weiter unterdrückt. Agrarökologische kleinbäuerliche Landwirtschaft steht bereits jetzt unter enormem Druck des agroindustriellen Factory-Farmings, sei es in Lateinamerika oder Europa.⁵²

4.3. EU will Importkontrollen schwächen: Gefahr für Standards, Rechte und Sicherheit

Angesichts der beklagenswerten Zustände in den Tierfabriken wäre zu erwarten, dass das Abkommen strenge Standards für den transatlantischen Fleischhandel vorsieht. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die EU selbst brachte einen Artikel über Handelserleichterungen in das Kapitel zur Lebensmittelsicherheit ein, der eine Beschleunigung der Exportgenehmigung für tierische Produkte vorsieht. Danach verzichtet das Importland auf Kontrollen einzelner Viehbetriebe, wenn das Exportland „ausreichende Garantien“ erbringt, dass diese die Standards des importierenden Landes einhalten – eine weltfremde Klausel angesichts der notorischen Lebensmittelskandale und des chronischen Behördenversagens. Ferner soll die Häufigkeit der Importkontrollen reduziert werden.⁵³ Das geplante Schleifen der amtsärztlichen Untersuchungen gefährdet die Verbraucher*innen auf beiden Seiten des Atlantiks. Die EU

⁵² Dieser Abschnitt geht auf die Schlussfolgerungen der Studie "Die Fleischwirtschaft Brasiliens. Ausbeutung frisch auf den Tisch." von IATP zurück. Siehe: https://www.iatp.org/sites/default/files/2018-04/final_zusammenfassung_De.pdf

⁵³ Consolidated texts of the trade part of the EU-Mercosur Association Agreement, Chapter on Sanitary and Phytosanitary Measures, Article 6: Trade Facilitation Measures, Brussels, 28 March 2018

verfolgt damit das Ziel, die europäische Überschussproduktion auf ausländischen Märkten abzusetzen.

4.4. Agrartreibstoffe untergraben Verkehrs- und Energiewende

Transport & Environment hat belegt⁵⁴, dass das EU-Mercosur-Abkommen eine Verkehrs- und Energiewende in der EU untergraben würde. Agrartreibstoffe ("biofuels") aus Sojaöl verursachen in Summe höhere Treibhausgasemissionen als Diesel aus fossilen Brennstoffen. Das Kapitel zu "Energy and Raw Materials (ERM) soll den Handel in diesem Bereich erleichtern und droht, die Pläne der EU in der Richtlinie zu Erneuerbaren Energien zu untergraben. Eine Dekarbonisierung des Verkehrs würde damit in weitere Ferne rücken. Zudem würden über Entwaldung und damit verbundene Biodiversitätsverluste und Treibhausgasemissionen die Lage weiter verschlechtern. Derzeit werden die indirekten Effekte auf Landnutzungsänderungen (ILUC) nicht einbezogen. Ohne eine sinnvolle, effektive und kohärente Strategie setzt die EU ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel, tatsächlich Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen zu wollen. Neben Fleisch und Futtermitteln stehen die Agrartreibstoffe derzeit in klarem Widerspruch zu diesem Anspruch. Eine Erleichterung und Steigerung des Handels steht diesem Ziel klar entgegen.

4.5. "Monsanto-Gesetze" und Biopiraterie

Das Abkommen wäre ein weiterer Schritt in die Privatisierung und Patentierung von Saatgut, da die Klauseln den freien Saatguttausch illegalisieren und kriminalisieren. Geistige Eigentumsrechte sind Teil der Verhandlungen. In Bezug auf Saatgut steht im geleakten Verhandlungstext: "each Party shall protect plant variety rights, in accordance with the International Convention for the Protection of New Varieties of Plants adopted in Paris on December 2, 1961, last revised in Geneva on March 19, 1991 (UPOV 1991)". Soziale und bäuerliche Bewegungen aus den Mercosur-Staaten kritisieren, dass dies zu "Monsanto-Gesetzen" (Gesetze von und für Unternehmen wie Monsanto) führen wird. Dasselbe Kapitel verlangt die Unterzeichnung eines Abkommens über die Kooperation bei Patenten (PCT Treaty), welche die Patentierung in globalem Maßstab erleichtern soll. Dies wäre ein Rückschritt für den Widerstand gegen Patente auf Leben, der in der EU ebenso wie in den Mercosur-Staaten seit Jahrzehnten geleistet wird.⁵⁵

4.6. Digitalisierung von Machtkonzentration

Im Kapitel über "Electronic Commerce" sollen die Vereinbarungen und die nationalen Regulierungen zugunsten von Konzernen so locker wie möglich ausgestaltet werden. Das würde bestehende Ungleichheiten festschreiben und verstärken und die Machtkonzentration im

⁵⁴ https://www.transportenvironment.org/sites/te/files/publications/2017_07_EU_Mercosur_biofuels.pdf bzw. Exec. Summary: https://www.transportenvironment.org/sites/te/files/publications/2017_07_EU_Mercosur_biofuels_exec_summary.pdf

⁵⁵ "12 reasons why we say NO to the Mercosur – European Union free trade agreement", Statement von Acción por la Biodiversidad, Argentina; REDES - Amigos de la Tierra, Uruguay; Grupo Semillas, Colombia; Acción Ecológica- Ecuador; Anamuri, Chile, por la Campaña Mundial de la Semilla de Vía Campesina América Latina; BASE-IS, Paraguay; COA, Colectivo por la Autonomía, México; CLOC-Vía Campesina; Red de Coordinación en Biodiversidad, Costa Rica; Centro Ecológico, Brasil; ETC Group, México; GRAIN, Argentina y Chile, <https://www.bilaterals.org/?12-reasons-why-we-say-no-to-the&lang=en>

IT-Sektor verstärken. Damit geraten zugleich Spielräume für alternative Politiken zusätzlich unter Druck und eine Regulierung und Entwicklung im Interesse der Menschen wird dadurch erschwert.⁵⁶ Insbesondere Brasilien ist aktuell der Vorreiter im Prozess der Digitalisierung der Landwirtschaft⁵⁷, jedoch unter nahezu vollständiger Kontrolle von einigen wenigen Konzernen. Digitalisierung dient dabei der Fortschreibung des derzeit vorherrschenden Produktionsmodells und das EU-Mercosur-Abkommen würde dieses Modell stärken.

4.7. Angriff auf das Vorsorgeprinzip

Der grenzüberschreitende Lebensmittelhandel verlangt vorausschauende Maßnahmen des Umwelt- und Verbraucherschutzes, um präventiv Risiken abzuwehren, die von Krankheitserregern, Pestizid- und Tiermedikamentenrückständen ausgehen können. In der EU wurde unter anderem aus diesem Grund das Vorsorgeprinzip rechtlich verankert. Dieses erlaubt es, Produkten die Zulassung auch dann zu versagen, wenn noch wissenschaftliche Unsicherheit über deren Risiko besteht.

Ogleich auch die EU-Kommission an dieses wichtige Prinzip gebunden ist, hat sie es aber nicht in dem Kapitel zu Lebensmittelsicherheit verankert. Tatsächlich findet sich im gesamten Entwurf des Vertragstextes nur eine einzige Erwähnung des Vorsorgeprinzips – bezeichnenderweise in dem nicht-sanktionsbewehrten Nachhaltigkeitskapitel. Dieses ist weitgehend zahnlos, denn Verstöße gegen dessen Bestimmungen können nicht unter dem Staat-Staat-Streitschlichtungsmechanismus des Abkommens behandelt werden.⁵⁸ Zudem handelt es sich bei der Erwähnung des Vorsorgeprinzips bisher nur um einen EU-Vorschlag, dem der Mercosur noch nicht zugestimmt hat.

Die mangelhafte Verankerung des Vorsorgeprinzips sichert daneben auch den Handel mit GVOs und die massenhafte Verfütterung der Gentech-Soja ab. Denn vorsorgliche Beschränkungen von Gentech-Produkten können dadurch als potenzielle Verstöße gegen das Abkommen geahndet werden.

4.8. Undemokratische Gremien als Einfallstor für Industrielobbies

Das Abkommen sieht die Einrichtung eines Unterausschusses für Lebensmittelsicherheit vor (sogenanntes SPS-Subcommittee, SPS steht für "sanitary and phytosanitary"), unter dem wiederum mehrere Dialoggruppen eingerichtet werden sollen. Diese befassen sich unter anderem mit Biotechnologie, Pestizidrückständen, Tierwohl und Antibiotika-Resistenzen. Teilnehmen sollen „Repräsentant*innen der Vertragsparteien mit technischer Expertise“, was mithin auch Industrievertreter*innen oder Expert*innen mit Verbindungen zur Lebensmittelindustrie umfassen kann.⁵⁹

⁵⁶ "12 reasons why we say NO to the Mercosur – European Union free trade agreement", <https://www.bilaterals.org/?12-reasons-why-we-say-no-to-the&lang=en>

⁵⁷ https://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2017/06/FDCL_BIOEC27062017web.pdf und https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Online-Publikation/BlockingTheChain_Deutsch_web.pdf

⁵⁸ Consolidated texts of the trade part of the EU-Mercosur Association Agreement, Chapter Trade and Sustainable Development, Article 15: Dispute Resolution, Brussels, 28 March 2018

⁵⁹ Consolidated texts of the trade part of the EU-Mercosur Association Agreement, Dialogues, Article 2: Principles, Brussels, 28 March 2018

Einem Textvorschlag zufolge soll der Unterausschuss selbst „die Regeln für Interessenkonflikte der Teilnehmer*innen“ der Dialoggruppen aufstellen.⁶⁰ Da diese Regeln aber nicht bekannt sind, ist völlig offen, ob sie tatsächlich Personen mit Industrieverbindungen von der Teilnahme an den Dialoggruppen ausschließen könnten und wie mit diesen tatsächlich umgegangen wird und wer dabei mitentscheiden kann. Diese Intransparenz und Leerstelle ist besonders besorgniserregend angesichts der weitreichenden Kompetenzen des SPS-Unterausschusses. Denn dieser darf die „notwendigen Arrangements treffen, um Probleme bei der Umsetzung des Kapitels zu lösen“. Ferner darf er „jede andere Funktion erfüllen“, die ihm die Vertragsparteien zuweisen. Das aber wirft die kritische Frage nach parlamentarischer Kontrolle der Entscheidungen dieses Gremiums auf, zu denen das Kapitel keinerlei Regelungen enthält.⁶¹ Wie sensibel dabei die zu behandelnden Themen sind, lässt sich anhand der Dialoggruppe zu Biotechnologie ermessen. Die nämlich soll sich unter anderem den „asynchronen Zulassungen genetisch veränderter Organismen“ widmen.⁶² Damit werden die europäischen Zulassungsverfahren für GVOs zum Gegenstand des Lebensmittel-Komitees eines Abkommens, in dem nicht einmal das Vorsorgeprinzip durchsetzbar verankert wurde.

4.9. Zahnlose Kapitel zu Menschenrechten und Nachhaltigkeit

Die Kapitel zu Menschenrechten und Nachhaltigkeit sind nicht in der Lage, mit den in diesem Dossier angesprochenen Problemlagen umzugehen. So bieten sie etwa keinen ausreichenden Schutz vor Waldvernichtung, einer Verschärfung der Klimakrise, des Biodiversitätsverlusts oder vor Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen. Die bestehenden Regelungen sind zahnlos, weil sie über keinen adäquaten Durchsetzungsmechanismus verfügen. Darüber hinaus fehlen zentrale Regelungen völlig.

Die zahlreichen Landkonflikte, die der Vormarsch des Agrobusiness in den Mercosur-Staaten anheizt, verlangen nach handelspolitischen Regeln, die die Menschenrechte schützen. Gerade in noch walddreichen Regionen, etwa Amazonien oder dem Gran Chaco in Argentinien und Paraguay, bedrohen Viehwirtschaft und Plantagen die ansässige Bevölkerung. Doch das Abkommen ist auch in dieser Hinsicht völlig unzureichend. Denn diesbezügliche Bestimmungen finden sich wiederum nur in dem zahnlosen Nachhaltigkeitskapitel.

Und auch die Bestimmungen selbst sind derart schwach, dass sie Betroffenen der grassierenden Landnahme keinen effektiven Schutz gewähren können. So sieht das Nachhaltigkeitskapitel etwa die „vorherige informierte Zustimmung“ von lokalen Gemeinschaften bei ihrer Einbindung in nachhaltige Lieferketten von Forstprodukten vor. Mit dem UN-Konzept zur „freien, vorherigen und informierten Zustimmung“ (free, prior and informed consent) jedoch hat die Klausel wenig gemein. Dies verlangt nämlich die Konsultation und Zustimmung von Indigenen bereits bei der Frage der Nutzung Ihrer Territorien für Projekte aller Art, inklusive der land- oder forstwirtschaftlichen Erschließung.⁶³

⁶⁰ A. a.O., Article 6: Cooperation

⁶¹ A. a.O., Chapter on Sanitary and Phytosanitary Measures, Article 19: Subcommittee

⁶² A. a.O., Dialogues, Article 4: Cooperation on Biotechnology

⁶³ Siehe: https://en.wikipedia.org/wiki/Free_prior_and_informed_consent

Hinzu kommt, dass das Abkommen bisher keinerlei Stärkung der viel zu schwachen Menschenrechtsklausel vorsieht, die die EU in ihre Handelsverträge integriert. Diese erlaubt zwar grundsätzlich die Aussetzung von Handelspräferenzen bei schwerwiegenden Verstößen. Aufgrund der hohen Hürden, die die EU für die Aktivierung der Menschenrechtsklausel errichtet hat, führte sie bisher jedoch noch nie zu Handelssanktionen. Die Wirksamkeit der Klausel wird auch dadurch eingeschränkt, dass es keine effektiven Monitoring- und Beschwerdeinstanzen gibt.⁶⁴

Diese Schwächen sind umso bedrohlicher angesichts der Zunahme gewalttätiger Auseinandersetzungen im Mercosur. In Brasilien etwa registrierte die Landpastorale CPT (Comissão Pastoral da Terra) in den vergangenen drei Jahren eine Verdopplung der Landkonflikte. So kam es 2017 zu 70 Morden an KleinbäuerInnen, Indigenen und AktivistInnen, die sich gegen das vordringende Agrobusiness verteidigten. Die CPT dokumentiert ebenfalls die grassierende Straflosigkeit. Im Zeitraum 1985 bis 2017 wurden demnach über 1900 Menschen in Landkonflikten ermordet. Doch nur in acht Prozent der Fälle kam es zu Verurteilungen.

5. EU-Mercosur-Abkommen stoppen!

Die zahlreichen sozialen und ökologischen Risiken verdeutlichen, dass ein Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens derzeit nicht verantwortbar ist. Der letzte Entwurf des Verhandlungstextes aus dem Jahr 2017 übertrifft viele Befürchtungen. Er legt der Durchsetzung von Standards zum Schutz der Umwelt, der Gesundheit und der Menschenrechte noch größere Hindernisse in den Weg, als im Vorfeld angenommen wurde.

Die EU importiert vor allem die negativen Folgen der Fleischproduktion im Mercosur. Gleichzeitig gerät in Europa der Rindfleischmarkt durch die Billigimporte, die Dumpingwirkung entfalten, unter Druck. In der EU ebenso wie in den Ländern des Südens zerstört diese Liberalisierungsstrategie bäuerliche Strukturen. Sie verhindert eine Qualitätserzeugung mit nachhaltiger Weidehaltung, existenzsichernden Erzeugerpreisen und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen.

Es ist daher dringlich, die europäische Öffentlichkeit über die Defizite des geplanten Abkommens aufzuklären. Dies ist besonders wichtig in Bezug auf die laufenden Verhandlungen, aber ebenso im Falle eines Abschlusses auch im Hinblick auf das weitere Ratifizierungsverfahren auf europäischer und nationaler Ebene.

Genau aus diesem Grund braucht das geplante EU-Mercosur-Abkommen jetzt eine kritische Aufmerksamkeit, um ein Inkrafttreten mit all den genannten Problemen zu verhindern.

6. Anders Handeln: Es gibt Alternativen!

Der Widerstand gegen das aktuelle EU-Mercosur-Abkommen ist auch deshalb zentral, weil dadurch das Recht auf Alternativen verteidigt wird. Der Stopp der Verhandlungen ist dafür die Voraussetzung. Die Plattform Anders Handeln fordert: "Wir wollen aber mehr. Wir wollen eine gänzlich neue Handels- und Investitionspolitik, die Mensch und Natur in den Mittelpunkt stellt

⁶⁴ Fritz, Thomas 2017: Menschenrechte als uneingelöstes Versprechen: Nachhaltigkeit, Arbeits- und Sozialstandards in EU-Handelsabkommen, Hrsg.: Brot für die Welt, Forum Umwelt und Entwicklung, UnternehmensGrün, ver.di, Berlin, Februar 2017, S. 9-12

und nicht den Profit einiger weniger. Deshalb stellen wir jetzt unsere Alternativen in den Vordergrund.

Wir informieren über aktuelle Entwicklungen in der Handels- und Investitionspolitik, mischen uns lautstark ein und organisieren Widerstand. Gemeinsam mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen aus aller Welt bilden wir eine internationale Bewegung für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung.“ Eine Alternative muss sich an Klimagerechtigkeit, Menschenrechten und Globalen Sozialen Rechten, Ernährungssouveränität und Fairem Handel orientieren. Dass dies möglich ist, zeigen soziale Bewegungen und Zivilgesellschaften weltweit, indem sie heute bereits am gerechten Wandel unseres Wirtschaftssystems arbeiten. Das bereits heute breit verankerte Produktions- und Entwicklungsmodell⁶⁵ diversifizierter agrarökologischer Agrar- und Lebensmittelsysteme⁶⁶ und eine Demokratische Lebensmittelpolitik⁶⁷ sind konkret umsetzbare Alternativen, die in der Lage sind, die Menschen und die Natur in den Mittelpunkt zu stellen, anstatt die Profite von Wenigen.

Impressum:

*Herausgeber*innen:*

*ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
A-1090 Wien*

*Attac Österreich
Margarethenstraße 166/3/25
A-1050 Wien*

Autor: Franziskus Forster

Veröffentlicht im Juni 2019

⁶⁵ Van der Ploeg (2019): Manuskript. Im Erscheinen. Und IPES-Food (2018): Breaking away from industrial food and farming systems: Seven case studies of agroecological transition. Siehe: http://www.ipes-food.org/_img/upload/files/CS2_web.pdf

⁶⁶ IPES-Food (2016): From Uniformity to Diversity: A paradigm shift from industrial agriculture to diversified agroecological systems. Siehe: http://www.ipes-food.org/_img/upload/files/UniformityToDiversity_FULL.pdf und FIAN Österreich (2018): Mit Agrarökologie für das Recht auf Nahrung. Siehe: https://fianat-live-7318544636224c40bb0b0af5b09-745b6a8.divio-media.net/filer_public/8e/bd/8ebdf859-1aea-4bf9-9a9e-fe7f0cb6d2fc/mit-agraroekologie-fuer-das-recht-auf-nahrung.pdf

⁶⁷ IPES-Food (2019): Towards a Common Food Policy for the European Union. Siehe: http://www.ipes-food.org/_img/upload/files/CFP_FullReport.pdf